

Vergleich der Landeswahlprogramm 2021

Maßnahmen für oder gegen den Schutz des menschlichen Lebens (Umsetzung auf Landesebene)							
Thema	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	Linke	Freie Wähler
Abtreibung	Wir wollen niemanden mit schwierigen Entscheidungen alleine lassen Für uns hat der Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens einen zentralen Stellenwert. Finanzielle Gründen sollten daher kein Grund für eine Frau sein, sich für eine Abtreibung entscheiden zu müssen. Frauen mit Konfliktschwangerschaften wollen wir durch Beratungsgespräche und Unterstützungsleistungen und ausgebauten landesweite Hilfsangebote unterstützen.	Wir setzen uns dafür ein, dass es in unserem Bundesland ausreichend Praxen und Kliniken gibt, die Schwangerschaftsabbrüche flächendeckend sicher und zuverlässig ausführen.	Die ärztliche Versorgung in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche soll in Rheinland-Pfalz verbessert werden. Die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung wollen wir stärken. Aufklärung und Sensibilisierung tragen ganz zentral dazu bei, Missbrauch zu verhindern und selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung zu unterstützen. Ungewollt schwangere Frauen brauchen umfassenden und schnellen Zugang zu Informationen.	--	Wir fordern daher einen besseren Schutz von Kindern vor Missbrauch jeglicher Art – sei es in Form der Pädokriminalität, der Kinderehe, aber auch der vorgeburtlichen Tötung durch Abtreibung. Um dies zu erreichen, brauchen wir neben gesetzlichen Regelungen mehr Bewusstseinsbildung für den Lebensschutz in Schulen und staatlichen Bildungseinrichtungen. Frauen im Schwangerschaftskonflikt wollen wir durch Beratung und Hilfsangebote zu einem Leben mit ihrem Kind ermutigen.	--	--
Finanzierung des Medizinischen Zentrums (ambulante Abtreibungen) von „pro familia“ in Mainz	--	Keine Aussage im Wahlprogramm aber von einer weiteren Förderung des Zentrums analog zur Regierungsperiode 2017-21 ist aus zu gehen.	Keine Aussage im Wahlprogramm aber von einer weiteren Förderung des Zentrums analog zur Regierungsperiode 2017-21 ist aus zu gehen.	Keine Aussage im Wahlprogramm aber von einer weiteren Förderung des Zentrums analog zur Regierungsperiode 2017-21 ist aus zu gehen.	Die steuerliche Förderung von Abtreibungskliniken wie etwa des „Medizinischen Zentrums“ der Pro Familia in Mainz ist dagegen ersatzlos zu streichen.	--	--
Hospize und Palliativmedizin	Jeder Mensch soll möglichst ohne starke Schmerzen	--	--	Wohnungslose Menschen haben wie alle anderen	--	--	--

Vergleich der Landeswahlprogramm 2021

	und in Würde sterben können. Palliativmedizin und Hospizbetreuung sichern das. Daher wollen wir insbesondere in den ländlichen Räumen die Versorgung in diesem Bereich ausbauen. Das Engagement der Ehrenämter wollen wir stärker fördern und ausbauen.			auch verdient, dass sie auf ihrem letzten Weg in Würde begleitet werden. Wir treten deshalb für die Einrichtung eines Obdachlosenhospizes ein.			
Maßnahmen für oder gegen den Schutz des menschlichen Lebens (Umsetzung nur auf Bundesebene möglich)							
Thema	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	Linke	Freie Wähler
Verhütung	--	--	Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Verhütungsmittel für Grundsicherungsempfänger*innen kostenfrei bereitgestellt werden.	--	--	--	--
Werbung für Abtreibung (§ 219a)	Keine Aussage im Wahlprogramm aber in einem Interview positionierte sich die CDU-RLP folgendermaßen: „Der Schutz des ungeborenen Lebens ist für die CDU von überragender Bedeutung. Deshalb halten wir beispielsweise den zuletzt emotional diskutierten Erhalt	--	Es muss gewährleistet bleiben, dass Ärzt*innen betroffene Frauen landesweit nach medizinischen Standards versorgen können. Wir setzen uns bundesweit für eine Streichung des Paragraphen 219a StGB ein, der Werbung für den Abbruch von	Wir Freie Demokraten streiten für eine Reform des Strafrechtsparagraphen 219a. Ziel dieser ist es, die sachliche Information über einen Schwangerschaftsabbruch im öffentlichen Raum grundsätzlich zu ermöglichen, während weiterhin das Verbot des Werbens in	--	Siehe § 218	--

Vergleich der Landeswahlprogramm 2021

	des Paragraphen 219a für sehr wichtig: Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch muss weiterhin verboten bleiben. Die betroffenen Frauen befinden sich häufig in einer großen Not. Sie brauchen in dieser Situation eine sachliche und neutrale Beratung. Wir werden daher ein wohnortnahes, plurales Angebot in der Schwangerschaftsberatung sicherstellen.“		Schwangerschaften unter Strafe stellt. Damit wollen wir die Informationslage ungewollt Schwangerer und die Rechtssicherheit für Ärzt*innen endlich verbessern.	grob anstößiger Weise gilt. Wir treten für einen besseren Schutz von Praxen ein, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.			
Abtreibung (§ 218)	--	--	--	--	--	Wir fordern die Abschaffung aller Einschränkungen des Abtreibungsrechts aus den Strafgesetzbüchern der EU-Mitgliedsländer. Wir unterstützen und stärken Bündnisse für sexuelle und körperliche Selbstbestimmung, Initiativen von Medizinstudierenden.	--